

Ideale, Turbulenzen, Freundschaft

Autor(en): **Schällebaum, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **73 (1995)**

Heft 4

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341183>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ideale, Turbulenzen, Freundschaft

Warnung! Wenn aktive Politiker Parteigeschichte(n) erzählen, ist Vorsicht geboten. Denn Geschichte kann unversehens zum Legitimationsvehikel für Taten und Unterlassungen in der Gegenwart werden. Viel-

Martin Schällebaum

leicht aber helfen Geschichten, die sich um geeignete Fragen ranken, den heutigen Standort zu bestimmen. Das ist denn auch das politische Motiv dieses Artikels. – Die gestellten Fragen dereinst schlüssig zu beantworten, und zwar in politisch neutraler Absicht, ist hingegen Sache von Historikerinnen und Historikern. Diesen lege ich die Fragen zudem aus einem praktischen Grund ans Herz: Ende 1994 ist es uns, d.h. der Geschäftsleitung der SP Kanton Luzern, gelungen, BIGA-Gelder für ein Projekt arbeitsloser Frauen zu erhalten, um die auf dem Estrich der Zerstörung und Vergessenheit anheim fallenden SP-Dokumente sachgemäss zu archivieren. Heute, nach fast einjähriger Arbeit von Frau Conny Steiner und Frau Agnes Schriber, steht unsere SP Luzerner Geschichte allen historisch Neugierigen zur Verfügung, sortiert und griffbereit im Luzerner Staatsarchiv. An diese zwei Vorarbeiterinnen richte ich einen speziell herzlichen Dank¹ und lade alle Interessierten ein, deren Leistung mit einem geschichtswissenschaftlich motivierten Besuch des Archivs zu honorieren. – Luzern liefert ab sofort parteigeschichtliche Mosaiksteine der feinen Art!

100 Jahre SP Luzern! 100 Jahre?

Die Gefahr einer trickreichen Selbstüberlistung lauerte uns bereits drei Jahre nach

¹ Ich möchte auch der Historikerin Margrith Steinhauser, SP Luzern, und dem Historiker Kurt Messmer, SP Emmen, danken. Sie sind, durch Einflüsterungen, an diesem Artikel nicht unwesentlich beteiligt.

1991 wieder im Nacken. Unsere damals schnöde Ablehnung (für einmal mit Unterstützung der sonst bürgerlich gesinnten Volksmehrheit) des Ansinnens, die 700 Jahre Eidgenossenschaft mit Jubel, Bratwurst und Verkehrszusammenbrüchen zu befesten, hatten wir schon fast vergessen: Eine richtige 100-Jahr-Feier, wenn auch ohne Verkehrszusammenbruch (leider), sollte es werden. Nur fehlte dazu die Gründungsurkunde, die uns im Wahljahr 1995 auch anderweitig allerlei gute Dienste geleistet hätte. Ernsthaft wurde es dennoch. Denn der Vierjahresrhythmus, in welchem die Luzerner Regierungs- und Grossratswahlen stattfinden, bringt es rein arithmetisch mit sich, dass das 100. Jahr seit der ersten selbständigen Liste der damaligen Arbeiterpartei auf ein Wahljahr fällt. Nur eben: was ist eine «richtige» Feier? Das SP-Archiv lag im argen und gibt keine Gründungsakte her. Die Entstehungszeit ist wirr, Luzern um 1895 zeigt eine unglaubliche Wirtschaftsdynamik, die Arbeiterschaft protestiert wie kaum woanders in der Schweiz. 1877 liefert das Luzerner Stimmvolk mehr als 3500 Stimmen an das äusserst knappe Ja zum Fabrikgesetz, das in der Schweiz mit einer Differenz von rund 11 000 Stimmen angenommen wird. 1897 streiken in Hochdorf 570 «Schoggimeitschi», Fabrikarbeiter und Handwerker – mehr als ein Sechstel der 3000 Einwohner! Das Bat 44 rekrutiert streikende Arbeiter direkt ab der Strasse und zwingt sie tags darauf, nunmehr in Uniform, gegen ihre Genossen zu kämpfen. Der Kampf auf der Strasse galt dem 9^{1/2}-Stunden-Tag, jener im Grossen Rat dem 10-Stunden-Tag, bei 6 Arbeitstagen pro Woche, resp. 7 für Laden- und Wirtschaftspersonal. In den Köpfen und Herzen der Luzerner Mächtigen in Militär, Regierung und Industrie breitete sich Bange aus, aber nicht nur um den Profit, sondern ebenso um die Reinheit des katholisch-kon-

servativen Milieus. Anders ist die Zweckheitrat der politischen Opponenten (liberale Gewerbler versus katholisch-konservative Bauern) in dieser Frage nicht zu verstehen. 1995 lässt sich also keine hundertjährige Gründungsakte ausmachen, auch wenn die erstmalige Beteiligung der SP an den Grossratswahlen 1895 aktenkundig ist, dafür eine aus heutiger Sicht fast unglaubliche Bewegung in einem Milieu, das kaum anders als sozialdemokratisch bezeichnet werden kann. Das Brodeln in der Luzerner Gesellschaft muss seine Ursache im rasanten Bevölkerungswachstum des Bauernkantons haben, der seine Einwohnerzahl zwischen 1850 und 1900 auf 40 000 vervierfacht hat. Die Spuren der inzwischen zur Industriemacht gewordenen Schweiz sind im Agrarkanton Luzern deutlich auszumachen. Hier muss die Unerbittlichkeit im Fabrik- und Gewerbemilieu ein Klassenbewusstsein provoziert haben, das mindestens 10% der Bevölkerung erfasste und den bürgerlichen Bossen wohl zu recht den Schlaf geraubt hat. 1895 war die formelle Abspaltung der Arbeiterpolitiker vom Freisinn, der bis anhin in seiner oppositionellen Rolle noch gestützt worden ist, mehr als überfällig.

Auf gerader Linie zur Parteigründung?

Dass bereits 1887 der erste Arbeitervertreter, Franz-Josef End, in den Grossen Rat eingezogen ist, war der liberalen Opposition zu verdanken. Der Freisinn, im Bundesrat noch bis 1943 mit der absoluten Mehrheit vertreten, hatte im schwarzen Kanton Luzern politisches Gnadensbrot zu beissen. Da war die Hilfe der wenig organisierten Arbeiterschaft sehr gefragt, zumal das Parlament (bis 1911) im Majorzverfahren gewählt wurde. 1891 gelangte End sogar in die Stadtluzerner Exekutive – zum Dank wohl wurde ihm das politische Gastrecht in der traditionell liberalen Hochburg gewährt. Erst 1893 hat sich der lose Arbeiterbund zum Luzerner Gewerkschaftsbund organisiert. In dessen politischem Fahrwasser erfolgte die Gründung des «Demokratischen Vereins».

Dann aber hat sich der sozial-liberale Himmel bewölkt. Die erste selbständige «Demokratische und Arbeiterliste» war in allen Wahlkreisen chancenlos, der Bruch mit den Liberalen aber perfekt. End, der nationale Grütlipräsident, verlor 1895 seinen Grossratsplatz, resp. jenen der sozialdemokratischen Bewegung. Zwei Jahre darauf erfolgte unter radikaler Begleitmusik die Gründung der demokratischen Arbeiterpartei, aus der die Grütlianer zwanzig Jahre später (1917) ausgetreten sind. Es stellt sich die Frage, ob die Radikalität jener Arbeitergeneration zwar die verschiedenen Partei- und Gewerkschaftsströmungen, resp. die Entstehung der SP herauskristallisiert, aber gleichzeitig auch den Bruch mit der Grütlibewegung eingeleitet hat. Versucht man zwischen sozial-liberaler Streitgenossenschaft, Radikalisierung im sozialdemokratischen Milieu und dem Einbrechen der Industrie in den katholisch-konservativen Bauernkanton plausible Zusammenhänge herzustellen, erscheint die Parteigründung eher als Geburt aus einem Spiralnebel, denn als Endpunkt einer geradlinigen Entwicklung.

1918/1919. Feiert die 3. Internationale Urständ in Luzern?

Mitte 1919 verabschiedet die SP-Sektion (Kreisverein) Moos-Tribschen einstimmig eine Resolution, wonach «im Anschluss der Arbeiterklasse der ganzen Welt an die dritte Internationale und in der sozialistischen Weltrevolution das einzige Mittel zur Rettung (...) der Menschheit aus dem Elend» gesehen wird. Und eine zweite Resolution regelte dann auch gleich, dass in den kommenden Nationalratswahlen nur Kandidaten aufzustellen seien, die sich vorbehaltlos zur dritten Internationale bekennen. Einige Protokolle, und Monate, später hat dann allerdings eine Urabstimmung unter den Mitgliedern (Frauen und Männern) den Feuereifer des Genossen Dr. Oberholzer mit erdrückender Mehrheit gebändigt. In den Protokollen ist die lakonische Bemerkung nachzulesen, dass sich die Genossen nun

wieder vernünftig über Fragen der Lokal- und Weltpolitik unterhalten könnten. Die Luzerner SP hat, ihrer Radikalität zum Trotz, für den SPS-Parteitag (1935) in Luzern einen adäquaten Rahmen vorzubereiten begonnen. Der SPS-Parteitag hat sich dann bekanntlich von der Diktatur des Proletariats ab- und der Landesverteidigung zugewandt.

SP, die Frauenpartei?

Auf Bundesebene kann die SP mit gutem Recht in Anspruch nehmen, als einzige Partei schon zu Beginn des Jahrhunderts die politische Gleichberechtigung der Frauen gefordert zu haben. Es lohnt sich hier ein Blick in die Protokolle, resp. Gemütsverfassung der Luzerner Genossen. Im Frühling 1918 haben diese immerhin einstimmig beschlossen, dass den Frauen die Mitgliedschaft in der Partei uneingeschränkt zu gewähren sei. Die Frauen («und Töchter») haben sich diese Anerkennung wohlverdient. Haben sie doch zwecks verschiedenster Hilfen für Familien unermüdlich gesammelt, gearbeitet und Hintergrundsleistungen erbracht. Die Genossen wussten diese Hilfswerke aller Art zu schätzen. Allerdings scheinen sich die Frauen aus den ganz grossen und wichtigen Diskussionen herausgehalten zu haben. Ob sie jedoch vielmehr daraus herausgehalten worden sind, müsste historisch seriöser analysiert werden, als dies bisher mit den Luzerner Archivalien möglich war. Indizien dafür gibt es zumindest in Form der etwas distanziert wirkenden Bezeichnung der Genossinnen als «Frauen». Markant scheint mir hingegen das Fehlen der Frauen in den Parteigremien bis weit in die Nachkriegszeit, es sei denn, die sozialdemokratischen Frauengruppen würden als relevante Parallelorganisation gewertet.

Mit Riesenschritten in die Verbürgerlichung?

Die nazistische Bedrohung wurde in Luzern mit erstaunlicher Klarheit wahrgenommen.

Die Machtergreifung Hitlers wurde ungeschminkt als Katastrophe bezeichnet und dürfte die durch die Wirtschaftskrise erschütterten Genossen ganz direkt beeinflusst und zur Vernunft des Burgfriedens gebracht haben. Das Nazitum wurde durchaus als gemeinsamer Feind betrachtet, die Anschlussbereitschaft der Schweizer Regierung mit Sicherheit unterschätzt. Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist für mich als «Nachgeborenen» auch die Heftigkeit, mit der selbst in unseren heutigen Reihen die Zeit des Aktivdienstes von kritischen Fragen abgeschottet wird. Dass es die erdrückende Angst vor dem äusseren, offensichtlichen Feind war, welche die brennendsten sozialen Fragen verdrängen liess, muss nach meinem Dafürhalten akzeptiert werden. Die Frage aber, ob der latente Verrat bis hin zur faktischen Auslieferung an diese Herrschaft, im Falle ihres Erfolges, schon beschlossene Sache war, sollte zumindest heute ernsthaft gestellt und überprüft werden dürfen.

Der wiederaufkeimende Linkstrend nach dem Bankrott des Naziregimes manifestierte sich auch in Luzern in der Gründung einer PdA-Sektion. Dazu hat die SP durch Abspaltung eines guten Teils ihrer Mitglieder wesentlich beigetragen. Dafür hat sie aber, spiegelbildlich logisch, an der bürgerlichen Macht teilzunehmen begonnen. Trotz (oder dank?) PdA-Konkurrenz ist der SP 1947 ein für Luzerner Verhältnisse beachtlicher Wahlerfolg gelungen, der den Weg zur Regierungsbeteiligung nachhaltig geebnet haben dürfte. Der Besuch des ersten SPS-Bundesrates Nobs bei den Genossen in Luzern hat die ganze Widersprüchlichkeit, aber auch die ganze Logik, bildhaft wiedergegeben: Der Ausflug mit den damals noch radikalen Naturfreunden hatte das Rütli zum Ziel-Ort und Wiege der Eidgenossenschaft, Ort und Wiege der geistigen Landesverteidigung, Ort und Wiege aber auch der sozialdemokratischen Verbalradikalität bei gleichzeitig festem Schritt auf dem Pfad der Regierungsverantwortung.

Im Kanton Luzern wurde die Regierungsbeteiligung der SP 1959 perfekt. Und wieder-

um legt die Chronologie der Dinge die Vermutung nahe, dass die wiedererwachte Streitgenossenschaft von Liberalen und SP auf minutiöser Vorarbeit beruhte. Denn 1955 verhalfen die Genossen, die sich inzwischen wieder auf Talfahrt befanden, den Liberalen zu einem der beiden Ständeratsitze. Die christkatholische Regierungsmehrheit hingegen sollte noch bis 1999 Wirklichkeit bleiben... Es scheint, dass die sozialdemokratische Unterstützung dann 1959 durch einen Sitz in der Regierung belohnt wurde. Denn die CVP hat ihre Machtansprüche auf eine einfache Formel für den siebenköpfigen Regierungsrat gebracht: 4 CVP und 3 «andere». Es oblag daher den Liberalen, auf ein Stück Kuchen zu verzichten. Dass 1995 mit dem Auftritt der SVP auf der Bühne des Geschehens, bei gleichzeitig historisch stärkstem Resultat der SP, nochmals, diesmal gar eine Viererseilschaft (SVP-LP-GB-SP) gegen die CVP-Omnipräsenz gelungen ist, mag vor allem ironischen Wert haben. Jedenfalls soll das Phänomen dereinst von weniger belasteten Interpreten analysiert werden, als es mir persönlich hier und heute möglich ist.

1968. Macht die POCH den Genossen Beine?

Es mag etwas überraschen, die 68er Jahre mit einem Seitenblick auf die Luzerner Landschaft anzugehen, zumal die Wahrnehmung des heissen Pariser Frühlings mit der üblichen Verspätung in die Schweiz gelangte - langsamer noch als das sprichwörtliche Luzerner Regenwetter, das ja ebenfalls von Frankreich kommt. Der Rück- und Seitenblick illustriert aber den Wertewandel vor und innerhalb der Luzerner Stadtmauern. Der Seitenblick auf die Landschaft hilft verstehen, was sich im kantonalen Zentrum zugetragen hat. Denn die SP hat sich in der Krisenzeit zwischen den Kriegen tatsächlich auch in der Luzerner Landschaft festgesetzt. Die vormalige «Agitation» in den Landindustrialgemeinden ist den jährlichen «Familiabend» mit Lotto, volkstümlicher Mu-

sik und Diavorträgen gewichen. Grundsätzlich, obwohl durch die Zentrumsseffekte etwas verwischt, haben auch die Stadtluzerner Genossinnen und Genossen diesen Wertewandel zum Nachkriegskonsum hin vollzogen. Wie konnten also die Ereignisse des Pariser Frühlings 1968 in der SP Luzern überhaupt verarbeitet werden?

Luzern brauchte rund vier Jahre, bis die Schar der sympathisierenden Demonstrantinnen und Demonstranten richtig Fuss fassen konnte. Unter ihnen waren nicht nur spätere POCH-Repräsentanten, sondern auch Mitläufer, die 1995 als SVP-Haudegen auf dem politischen Parkett auferstanden sind, und «Junge Linke», die in der SP zu den Generationswechslern werden sollten.

Die 70er Jahre bringen den schmerzlichen Prozess des Generationswechsels. Der erste SP-Regierungsrat und gleichzeitige Nationalrat sowie latente Bundesratsanwärter, Dr. Anton Muheim, ist noch im Amt, derweil die «Jungen» zwischen 20 und 50 mit einem ganzen Kratten politisch ungewohnter Kost, von Frieden bis Umwelt, Frauen bis Kuba, «Kirche wohin?» bis Club of Rome, den Blutdruck der Genossen in die Höhe treiben. Zwar ist weder die Regierungsbeteiligung noch der Marsch durch die Institutionen wirklich umstritten, aber der Preis dafür sollte das Rückgrat nicht brechen. Der Lernprozess war vielfältig. Die schärfste Konkurrenz, die POCH, ging haarscharf am Ziel der Beerdigung der SP vorbei und, weil «Wer an der Konkurrenz nicht scheitert, wächst» offenbar auch in Luzern gilt, wurde die POCH für die SP zum Jungbrunnen, aus dem für den Bedarf des real existierenden Parlamentarismus wider allen Befürchtungen eine Generation junggebliebener Politikerinnen und Politiker, jeden Alters, entstieg, die mühelos auch den schärfsten Bestimmungen in Sachen Frauenquoten Genüge getan hat.

Martin Schällebaum ist Präsident der SP Kanton Luzern.